

# Volkstimme

Sozialdemokratisches Organ für Magdeburg und Umgegend.

Die Volkstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur (mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt): Wilhelm Haupt, Magdeburg. Verantwortlich für Inserate: August Fabian, Magdeburg. Verlag von Bernhard Harbaum, Magdeburg. Druck von Franz Heitmann, Magdeburg. Geschäftsstelle: Breiteweg 127. Redaktion: Breiteweg 127 (Eins. Schreibereistr.). Fernsprecher 1567. — Pränumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljähr. (inkl. Bringertobin) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 90 Pf. Per Kreuzband in Deutschland monatlich 1 Exempl. 1.70 Mk., 2 Exempl. 2.90 Mk. In der Expedition und den Ausgabestellen vierteljährlich 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Postanstalten 2.50 extl. Bestellgeld. Einzelne Nummern (einschl. der Romantische, sowie der Sonntagsbeilage Die Neue Welt) 10 Pf. Anfertigungsgebühr die fortgesetzte Beilage 15 Pf. Post-Zeitungsliste Nr. 7779.

Nr. 171. Magdeburg, Dienstag, den 25. Juli 1899. 10. Jahrgang.

## Dr. Kronz freigesprochen.

Am Sonnabend fand die Verhandlung in Sachen unseres Parteigenossen Dr. Kronz vor der philosophischen Fakultät der Universität statt. Bekanntlich hatte der Minister für Geistesfreiheit, Herr Boffe, schon vor mehreren Jahren versucht, unseren Genossen aus seinem Beruf als Privatdozent zu entfernen, jedoch mit negativem Erfolg. Die Fakultät wollte nicht einschreiten, und als er selbst versuchte, seine Amtsbefugnis überschreitend, ein Disziplinarverfahren zu eröffnen, holte er sich eine kräftige Abfuhr seitens des Dr. Kronz, der ihn darüber belehrte, daß er seiner Disziplinalgewalt nicht unterstehe. Noch einmal wandte der Minister sich an die Fakultät mit der Bitte, die sozialdemokratische Gesinnung eines Privatdozenten nicht zu dulden. Diesmal, im Juli 1895, ließ sich die Fakultät dazu herbei, Kronz eine Warnung zu erteilen, obwohl sie ausdrücklich betonte, die politische Gesinnung wollte sie nicht prüfen, und diese könne ihr keinen Anlaß zum Einschreiten geben.

Erreicht man seinen Willen nicht mit den bestehenden Gesetzen, so muß man diese bestehenden Gesetze umstürzen, wenigstens, wenn man nicht Sozialdemokrat, sondern mächtiges Mitglied der Regierung ist. So machte sich denn auch Herr Boffe daran, das bisher geltende Recht zu beseitigen, und legte dem Landtag einen Gesetzesentwurf vor, der nach seinen eigenen Ausführungen die „Privatdozenten schützen“ sollte und weiter, wiederum nach seinen eigenen Ausführungen, dazu dienen sollte, einen der geschützten Gelehrten, eben unseren Genossen Dr. Kronz, von der Universität zu entfernen. Landratskammer und Herrenhaus bewilligten das Gesetz. Nach demselben ist der Minister befugt, ein Disziplinarverfahren zu eröffnen, und hat dann die Fakultät als erste Instanz das Urteil zu sprechen. Die Verhandlung vor der Fakultät fand, wie gesagt, am Sonnabend statt. Da die Sitzung nicht öffentlich war, hat der Vorwärts den Verteidiger, unseren Genossen Rechtsanwalt Seine, gebeten, ihm über den Gang der Verhandlung einige Informationen zukommen zu lassen:

Danach hatten sich etwa 40 Mitglieder der Fakultät zu der Sitzung eingefunden; den Vorsitz führte der bekannte Mathematiker Prof. Dr. Schwarz, der zur Zeit das Amt des Dekans bekleidet; als Referent (Berichtshatter) wirkte der Nationalökonom Professor Schmoller. In seinem durchaus sachlichen Bericht erwähnte er die früheren Vorgänge im Jahre 1895, als die Fakultät dem Gen. Dr. Kronz die Warnung erteilte, daß er sich in Zukunft bei der Agitation solcher Ausdrücke enthalten möge, die zu Mißverständnissen Anlaß geben könnten, und hob hervor, daß die Fakultät sich schon damals auf den Standpunkt gestellt habe, daß politische Gesinnung eines Privatdozenten nicht Gegenstand eines disziplinaren Einschreitens sein könne.

Aus dem Referat des Prof. Schmoller erfährt man ferner die interessante Thatsache, daß die Regierung seitdem noch wiederholt gegen Kronz habe einschreiten wollen, die Fakultät sich aber ablehnend verhalten hatte. Nach dem neuen Privatdozenten-Gesetz vom 17. Juni 1898 muß vor der Einleitung des Verfahrens die Fakultät gutachtlich gehört werden. In diesem Gutachten sprach die Fakultät sich gegen die Einleitung eines Disziplinarverfahrens aus; das Ministerium hatte sich aber damit nicht begnügt, sondern ein zweites Gutachten gefordert. Mit eingehender Begründung hatte die Fakultät in demselben auf ihrem Standpunkt beharrt.

Professor Schmoller gab weiter eine Darstellung des Inhalts der verschiedenen dem Genossen Dr. Kronz zum Vorwurf gemachten politischen Reden, und formulierte die Fragen, über welche sich die Fakultät werde schlüssig machen müssen.

Genosse Kronz hatte bei seiner Vernehmung bestritten, daß er sich irgendwie durch seine Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie oder durch Eintreten für dieselbe der Achtung, die sein Beruf erfordert, unwürdig machen könne.

Alsdann begründete der frühere Breslauer Professor der Nationalökonomie, Geheimrat Elster, als Staatsanwalt die Anklage. Er legte weniger Wert darauf, daß Kronz seine Gesinnung in ungehöriger Form zu erkennen gegeben in ungehöriger Weise agitiert habe, als vielmehr darauf, daß er überhaupt sozialdemokratische Gesinnung habe, also einer Partei angehöre, die den gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung erstrebe. Als Belastungsmaterial hierfür sollte dienen, daß auf dem Wädener Kongress im Jahre 1880 aus dem Gothaer Programm das Wort „gefehrten“ (die Sozialdemokratie erstrebe ihre Ziele mit allen „gesetzlichen“ Mitteln) gestrichen worden sei.

Zu diesem Punkte konnte der Verteidiger nicht nur auf das Wädener Protokoll hinweisen, aus dem hervorgeht, daß die Streichung lediglich eine Frucht der Sozialistenengezesse gewesen ist, sondern auch auf das von Geheimrat Elster selbst herausgegebene Handwörterbuch der Staatswissenschaften, in welchem über diese Frage genau dieselbe Ansicht ausgeprochen ist, wie sie der Verteidiger äußerte.

Besonders interessant war die Bezugnahme des Berichters der Anklage auf ein „offizielles Wädener Manifest“, aus dem er die Neigung der Sozialdemokratie zum gewaltsamen Umsturz erweisen wollte. In der Sozialdemokratie ist von einem solchen Manifest nichts bekannt. Herr Elster gab als eine Quelle das Buch von Jacher „Die rote Internationale“ an, das uns als eines elenden Polizeimachwerk bekannt ist. Nach Herbeischaffung des Buches zeigte sich, daß das Manifest darin als „Manifest“ erlassen nach dem Wädener Kongress, bezeichnet ist, und keine Unterschrift trägt. Der Verteidiger war in der Lage, nachzuweisen, daß die namentlichen Sätze dieses „Manifestes“ einem im September 1880 erschienenen Artikel des Sozialdemokraten entstammen seien, jedoch in tendenziöser Weise mit Weglassung aller der Stellen, in denen die

Überlegenheit des friedlichen geistigen Kampfes betont wird.

Der Verteidiger wies darauf hin, daß in der Anklage nicht irgend eine Handlung, sondern lediglich die Gesinnung für strafwürdig erklärt werde. Wenn eine Handlung für straflos gelten solle, wenn sie einer andern Partei diene, aber für strafbar, wenn sie im sozialdemokratischen Interesse vorgenommen werde, so sei das eine Verschönerung der Gesinnung. Gerade diesen Standpunkt habe die Fakultät schon mit aller Entschiedenheit abgelehnt; sie habe 1895 rechtskräftig erkannt, daß die sozialdemokratische Gesinnung des Dr. Kronz kein Grund zur Verurteilung sei. Kronz habe nach derselben Gesinnung wie damals und könne daher nicht aus demselben Grunde ein zweites Mal angeklagt werden.

In dem Vorgehen gegen Kronz erblickte der Verteidiger nur einen Teil eines großen systematischen Vorgehens gegen die Unabhängigkeit der Universitäten überhaupt. Werde jetzt ein Privatdozent getroffen, so könne es ein andermal ein Professor sein, und richte sich jetzt die Anklage gegen die Gesinnung außerhalb des Berufes, so könne sie bald genug auch gegen die wissenschaftliche Ueberzeugung und Lehre im Beruf gerichtet werden.

Die Verhandlungen hatten sich von 10 bis 2 Uhr hingezogen. Dann beriet die Fakultät noch mehr als 2 1/2 Stunden, und erst kurz vor 5 Uhr verkündete Prof. Schwarz das Urteil dahin, daß die Fakultät dem Antrage des Staatsanwalts auf Anerkennung des Charakters eines Privatdozenten nicht beitreten könne, weil sie die Zugehörigkeit eines Privatdozenten zur sozialdemokratischen Partei nicht als Grund zu seiner Enthebung ansehe, und weil Kronz in der Art seines Auftretens für die Sozialdemokratie die erlaubten Grenzen nicht überschritten habe.

So ist denn der Ansturm auf die Geistesfreiheit in erster Instanz mißlungen. Aber wir leben ja im Lande der Positivistischen Rechts Garantien; darnach sind die Niederlagen der Regierung Vorbildungen ihrer tatsächlichen „Erfolge“. So hat denn Herr Elster auch sofort erklärt, Berufung einlegen zu wollen. Wozu wäre denn auch die lex Kronz geschaffen, wenn sie gegen Kronz versagen sollte. Der Beauftragte des Ministeriums wird also Berufung an das Ministerium einlegen. Dann sitzt in zweiter Instanz das Ministerium als Ankläger und Richter zugleich, und bei dieser Zweieinigkeit ist der Ausgang nicht zweifelhaft.

Aber das Odium der Unterdrückung der freien Wissenschaft muß die Regierung allein und ganz auf sich nehmen. Die Berliner philosophische Fakultät hat ihr keinen Teil davon abgenommen. Das ist (so selbstverständlich es an sich sein sollte) bei der Rückständigkeit des heutigen Bürgertums immerhin ein erfreuliches Gesehnis. —

## Politische Tagesrundschau.

Deutschland.

Die meisten Blätter begnügen sich mit der Wiedergabe der Mitteilung des Vorwärts, welche den Direktor Knack als den unmittelbaren Urheber der Korrektur des parlamentarischen Stenogramms bezeichnet hat. Die Blätter bemerken, daß Geheimrat Knack auf diese Anschuldigung nicht schweigen könne. Das ist auch unsere Meinung. —

Die Kanalfreunde jubeln. Der Kaiser hat den Magistrat der Stadt Dortmund benachrichtigt lassen, daß er mit der Verlegung der Kanalarbeiter einverstanden ist und zu dem neuen Termin bestimmt erscheinen wird. Damit sind vorläufig allen Kombinationen, von denen wir in den Hundstagen so viel zu lesen bekommen, gegenteillos geworden. —

Das bayerische Centrum wird gleich zu Beginn der Kammerverhandlungen auf eine harte Probe gestellt. Wie süddeutsche Blätter mitteilen, beabsichtigen die Sozialdemokraten eine Interpellation einzubringen, durch die von der Regierung verlangt wird, sich über ihre Haltung in der Angelegenheit des Gesetzes zum Schutz der Arbeitswilligen zu rechtfertigen. Die sozialdemokratische Fraktion wird von dem Ministerium fordern, daß es ausführlich die Gründe darlegt, die die Regierung dazu bestimmten, im Bundesrate für das Gesetz zu stimmen. Wird das Centrum der Beratung dieser Interpellation zustimmen; es hängt ganz von ihm ab ob eine Besprechung stattfindet. Ein guter Probierstein für die Arbeiterfreundschaft des Centrums. —

Die von den Sozialdemokraten Bayerns gerügte wackelartige Haltung der Nationalliberalen findet ihre Bestätigung im Fränkischen Kurier, einem in Nürnberg erscheinenden Blatt, das den bayerischen Freisinn publizistisch vertritt. Das Blatt schreibt: „Die Schlacht ist geschlagen; die Niederlage des Liberalismus ist für sechs Jahre besiegelt, die ultramontane Mehrheit gesichert. Wir wollen ehrlicher Weise nicht verschweigen, daß wir von Anfang an auf einen schlimmen Ausgang des Wahlkampfes für den Gemäßigten Liberalismus gefaßt waren. Die demagogisch benützte Boden- und Steuerfrage ließ nichts gutes ahnen. Auch wenn das Verhalten des Liberalismus im verflohenen Landtage im allgemeinen nicht so schwächlich gewesen

wäre, wie es thatsächlich war, wäre die Gesamtlage auch in Bayern den liberalen Ideen nicht von Vorteil. Die Niederlage ist, wie gesagt, zum Teil gewiß nicht ganz unverdient. Saft- und kraftlos war das einzige Streben der großen Majorität der liberalen Partei, ministerfromm zu bleiben und im ruhigen Minus am Centrum den Rang abzulaufen. Die Quittung auf das Exempel hat sie nun.“ Sonderbar bleibt nur, daß diese äußerst abfällige Kritik von der Magdeburger Zeitung einfach unterschlagen wird. —

Zu den kaum mehr ernst zu nehmenden Leistungen sommerlicher stiller Zeit gehört es auch, daß die Post, um eine Zunahme der Ausschreitungen streikender Arbeiter zu beweisen, die Krawalle in Ferne und in Augsburg und die Ausschreitungen der Angestellten der Brooklyn Straßebahn zusammensetzt und als gleichartige Erscheinungen behandelt. Es geht doch noch über die Leistungen der berühmten Denkschrift hinaus, wenn das genannte Blatt im unmittelbaren Anschluß an die Schilderung des „terroristischen Verfahrens“ der Ausständigen in New-York schreibt: „Schon das bloße Bewußtsein, daß hinreichende gesetzliche Bestimmungen gegen den Versuch, Arbeitswillige zwangsweise von der Arbeit zurückzuhalten, nicht vorhanden sind, ist geeignet, den Uebermut der zu Ausschreitungen neigenden Kreise noch zu steigern und in ihnen die thörichte Meinung zu erwecken, es sei ihnen jedes Mittel erlaubt, um Arbeitswillige für den Streik zu gewinnen.“ Wünscht nun die Post in Amerika oder in Deutschland ein Zuchthausgesetz? Wahrscheinlich in beiden Ländern. —

Gegen den von uns freudig begrüßten Anti-Prügel-Erlass des Kultusministeriums rebellieren einige Bezirksregierungen. Wie es heißt, haben die meisten Bezirksregierungen den ihnen unterstellten Kreisinspektoren von dem Züchtigungserlass noch keine amtliche Kenntnis gegeben. Einzelne Regierungen hätten den Erlass als „unannehmbar“ bezeichnet und seien beim Kultusministerium vorstellig geworden. Uns erscheint diese Mitteilung sehr glaubwürdig. Deshalb sollte in einem Lande, in dem von einem Anreißerum widerlichster Art für Wiedereinführung der Prügelstrafe agitiert und lebhaft bedauert wird, daß sie nicht schon längst eingeführt ist, nicht auch eine Bewegung sich Bahn brechen, die auf die Beseitigung des Antiprügel-Erlasses des Kultusministers abzielt. Diese Bewegung macht sich vornehmlich in ostelbischen Bezirken bemerkbar. —

Der Verbandstag des Allgemeinen Musiker-Verbandes, der gegenwärtig in Hamburg tagt, beschloß, die Freie Musiker-Bereinigung, weil sie sozialdemokratische Tendenzen hege, nicht zuzulassen. Ein netter „Allgemeiner“ Musiker-Verband. —

Dem Hofbesitzer Strumfeger in Rjébenhoved sind zwei Arbeiter ausgewiesen. Sie wohnten unmittelbar jenseits der Grenze und trafen jeden Morgen zur Arbeit ein, und kehrten abends wieder über die Grenze zurück. Das ging einige Zeit hindurch gut, bis die beiden in diesen Tagen vom Gendarmen zum Amtsvorsteher geführt wurden, der ihre sofortige Ausweisung anordnete. Der Hofbesitzer Strumfeger ist als deutschfeindlich angeschrieben. —

Die Offiziere des französischen Avisos „Ibis“ bestahtigten am Freitag den Fischereihafen in Geestemünde und folgten einer Einladung des Offizierskorps der dritten Matrosenabteilung nach dem Offizierskasin. Sodann folgten die Offiziere derselben Abteilung einer Einladung der französischen Offiziere. Derartige Freundschaftsbezeugungen tragen sehr viel zur Unterdrückung der chauvinistischen Bestrebungen bei. Hoffen wir, daß deutschseits auch der Seebantulus eingestellt wird. —

Die Kreuze, welche von einer Amtsnüchternheit des Reichskanzlers sprachen und hieran die Hoffnung knüpften, der alte Herr werde bald einer jüngeren, schneidigeren Kraft Platz machen müssen, sind in ihren Erwartungen arg getäuscht. Bekanntlich weilt der Reichskanzler gegenwärtig in Bad Wildbad im Schwarzwalde, um sich von den Anstrengungen seiner Amtstätigkeit zu erholen. Dieser Tage stattete der Fürst dem Bürgermeister Bätgner in dessen Wohnung einen längeren Besuch ab und äußerte beim Abschiede, nach einer dem Bündlerblatt von dort zugegangenen Mitteilung, zu dem Stadtoberhaupt, daß er, der Fürst, im nächsten Jahre wahrscheinlich wieder nach Wildbad kommen werde, denn er fühle sich jetzt so gekräftigt, daß er sichere Aussicht auf ein recht langes Leben habe. Das Bündlerblatt weiß hierauf nichts zu erwidern. —

Der vom hessischen Ministerium gemafregelte bisherrige Gymnasialdirektor Hermann Schiller in Sieben veröffentlicht in der Frankfurter Zeitung eine lange Erwiderung auf die Angriffe und Entstellungen, die er in der von uns wiedergegebenen Kammerdebatte erfahren hat. Aus





Naturheil-Heim Neue Neustadt. In der Genossenschafts-Abteilung, Breitenweg 31, Übungsabend: Dienstags für Herren, Freitags für Damen. Anfang abends 8 1/2 Uhr.

Jahresversammlung der Formier-Dienstag abends 7 1/2 Uhr im Thalia-saal stattfindet. - Magdeburg. Bislang arbeiten 50 Böttcher unter den neuen Bedingungen. Demnach ist die Situation eine äußerst günstige.

fleisch 1,20—1,30. Schweinefleisch 1,20—1,40. Kalbfleisch 1,20—1,40. Hammelfleisch 1,20 bis 1,40. Speck (geräuchert) 1,60. Ei-Butter 2,00 bis 2,40. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 2,40—3,40.

Table titled 'Wasserstände' with columns for location, date, and water level changes. Locations include Elbe, Bardubitz, Braunsberg, Meinitz, Zeitmeritz, Ausig, Dresden, Lorgau, Wittenberg, Roßlau, Barby, Schönebeck, Magdeburg, Taugerwühle, Wittenberge, Dömitz, Pegel, and Lauenburg.

Beide Nachrichten. Magdeburg. In der Maschinenfabrik von Goering und Gausler (Wulfen) sind Lohnminderungen ausgebrochen. 15 Former legen die Arbeit nieder.

Magdeburg. Erbsen (gelbe zum Kochen) 17,00—21,00. Speisebohnen (weiße) 17,00—38,00. Linjen 25,00—49,00. Kartoffeln 6,00—7,00. Rischstroh 3,50—4,00. Krummstroh 2,50—3,00. Heu altes 5,00—6,50, neues 5,00—6,00. Alles für 100 Kilogramm.

Singer Nähmaschinen für jede Branche der Fabrikation. Die Nähmaschinen der Singer Co. verdienen ihren Weltweit der vorzüglichsten Qualität und großen Leistungsfähigkeit.

Reelle Schuhwaren zu billigen Preisen in großer Auswahl. Wilh. Brandt, Schönebekerstr. 27. Unterhalt. starkes Fahrrad.

Viktoria-Theater. Montag, den 24. Juli 1899: Drittlitztes Gastspiel Albert Bozenhard. Zum 1. Male: Die Logenbrüder.

Friedrich Neubert, Arbeiter, 35 J. 7 M. 5 T. Heiratung: Friedrich Neubert, Arbeiter, 35 J. 7 M. 5 T. Heiratung: Friedrich Neubert, Arbeiter, 35 J. 7 M. 5 T.

5000 Meter Statten-Reste per Meter 25 Bg. in sehr schönen Dessins, für Schürzen, Bezüge und Kleider geeignet. Friedrich Meyer, Neustadt, Breitenweg 14, Ankerstraßen-Ecke.

18 Sofas und Divans werden einzeln mit einer Anzahlung von Mk. 5,00 und wöchentlich Abzahlung von 1,00 Mark an abgegeben. S. Osswald, Ulrichsstraße 14.

Bertha Dill geb. Kelle. Um stilles Beileid bittet Der trauernde Gatte Gustav Dill. Die Beerdigung findet am Mittwoch, nachm. 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Westfriedhofes aus statt.

Neustadt, 21. Juli. Aufgebote: Arb. Johannes Kupczyk mit Emilie Schwan.

Die Mitglieder-Versammlung der Maurer Magdeburgs findet nicht am 25. Juli, sondern am 1. August statt. Die Verwaltung.

Freundliches Logis Berlinerstraße 16/17 bei Hlth. Bindemann. Zwicker werden sofort gesucht 615 A. Rosenberg, Anterstr. 1.

Meinem Meister, dem Cigarenmacher Ludwig Richardt zu seinem heutigen Wiegensfeste ein bonnendes Beiseh, daß die ganze Stube wackelt.

Heiratung: Friedrich Neubert, Arbeiter, 35 J. 7 M. 5 T. Heiratung: Friedrich Neubert, Arbeiter, 35 J. 7 M. 5 T.

Arbeitsnachweis der Gewerkschaften. Kleine Klosterstraße 15, parterre. Eingang durch den Saal rechts. Gewerken-Vereinigungs-Kasse.

Ich ersuche alle diejenigen Personen, welche mit angesehen haben, wie uns der Schatzmann R. am 2. d. M., früh 5 Uhr am Markt, den 17. d. M., früh 5 Uhr am Markt, den 17. d. M., früh 5 Uhr am Markt, den 17. d. M., früh 5 Uhr am Markt.

Standesamt. Magdeburg, 21. Juli. Aufgebote: Kaufm. Friedrich Wilh. Eduard Jachinger mit Joh. Maria Alma Emde in Halle a. S.

Standesamt. Magdeburg, 21. Juli. Aufgebote: Kaufm. Friedrich Wilh. Eduard Jachinger mit Joh. Maria Alma Emde in Halle a. S.

Stadt. Arbeitsnachweisstelle. Bei der Hauptwache Nr. 5. Geschäfts-Zeit: Vormittags von 7-12 Uhr, abends von 3-6 Uhr.

Walhalla-Theater. Jeden Abend: Große Künstler-Spezialitäten-Vorstellung.

Standesamt. Magdeburg, 21. Juli. Aufgebote: Kaufm. Friedrich Wilh. Eduard Jachinger mit Joh. Maria Alma Emde in Halle a. S.

Standesamt. Magdeburg, 21. Juli. Aufgebote: Kaufm. Friedrich Wilh. Eduard Jachinger mit Joh. Maria Alma Emde in Halle a. S.

Moderne Rock- und Jachet-Anzüge, einzelne Jachetts, hohen u. weiten, Sommer-Paletots. Partie zurückgekehrter Knaben-Anzüge. Max Herzberg, Schopenhauerstr. 1, 1 Treppe.

Cirkus-Sommer-Theater. Heute Dienstag: Benefiz für den hier so beliebt gewordenen Humoristen Philipp Nickel. Eintritt frei.

Cirkus-Sommer-Theater. Heute Dienstag: Benefiz für den hier so beliebt gewordenen Humoristen Philipp Nickel. Eintritt frei.

Standesamt. Magdeburg, 21. Juli. Aufgebote: Kaufm. Friedrich Wilh. Eduard Jachinger mit Joh. Maria Alma Emde in Halle a. S.